

Deutlich mehr Geldwäsche-Fälle via Phishing



Die Cyberkriminalität nimmt zu. (Keystone)
08.05.2014

GELDWÄSCHEREI · Der Meldestelle für Geldwäscherei (MROS) sind im Jahr 2013 fast drei Milliarden Franken verdächtige Vermögenswerte gemeldet worden. Deutlich zugenommen haben die Fälle von Computerbetrug.

Die MROS erhielt im vergangenen Jahr 1411 Verdachtsmeldungen von Finanzintermediären. Das sind 174 Meldungen weniger als im Vorjahr, wie aus dem Jahresbericht hervorgeht.

Die gemeldeten verdächtigen Vermögenswerte von 2,98 Milliarden Franken entsprachen einem Rückgang um 5,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt 30 Verdachtsmeldungen betrafen jeweils eine Summe von über zehn Millionen Franken. Im Vorjahresvergleich entspricht dies einer Verdreifachung.

Rund 84 Prozent der eingegangenen Meldungen kamen gemäss der Statistik von Finanzintermediären aus vier Kantonen mit ausgeprägtem Finanzdienstleistungssektor; nämlich aus Zürich, Genf, Bern und Tessin. Vier von fünf Meldungen stammten von Banken.

Insgesamt leitete die MROS 79 Prozent der Meldungen an die Strafverfolgungsbehörden weiter. Dies entspricht einem Rückgang von rund sechs Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr.

Sechs Meldungen für 1,5 Milliarden Franken

Sechs Meldungen hatten gemäss dem Bericht zusammen einen Umfang von nahezu 1,5 Milliarden Franken, also rund der Hälfte der gesamten Summe. Bei einigen dieser sechs Meldungen habe der Verdacht auf Bestechung bestanden, bei anderen der Verdacht auf Betrug durch Verwendung eines Schneeballsystem. Bei allen diesen Geldwäschereifällen seien die Vortaten im Ausland begangen worden.

Bei 26 Prozent der Fälle war die vermutete Vortat Betrug, wie die MROS weiter schreibt. Neu steuere die Vortat Bestechung mit zwölf Prozent den zweithöchsten Anteil an die Meldungen bei. Der Anteil an Verdachtsmeldungen der Vortatkategorie Kriminelle Organisation sei um einen Prozentpunkt auf sieben Prozent angestiegen. Die Anzahl der Meldungen mit vermutetem betrügerischem Missbrauch einer EDV-Anlage als Vortat habe sich mehr als verdreifacht und betrage nun neun Prozent.

Stark rückläufig waren im Berichtsjahr die Meldungen wegen Verdachts auf Menschenhandel/Sexualdelikte. Überhaupt keine Meldung erfolgte beim Verdacht auf Waffenhandel. Mit Ausnahme von 2005 habe es solche Meldungen bisher in jedem Jahr gegeben, hält die Meldestelle fest.

Zunahme von Phishing

Bei der Zunahme der Verdachtsfälle von Computerbetrug handelte es sich in den meisten Fällen um sogenanntes Phishing. Vor allem seien wieder vermehrt sogenannte "Money Mules" eingesetzt worden, um Gelder illegaler Herkunft zu waschen. Dabei geht ein Unternehmen oder eine Person via Internet einen Dritten an, damit dieser als "Packesel" oder eben als "Money Mule" tätig wird und Geld ins Ausland überweist.

Die Maschen, mit denen Leute angeworben und dazu gebracht werden, sich auf ein scheinbar legales Unterfangen einzulassen, werden gemäss der MROS zunehmend raffinierter. So seien sich die wenigsten als "Money Mule" tätigen Personen bewusst, dass sie sich für kriminelle Zwecke hätten einspannen lassen. Trotzdem machten sie sich aber der Geldwäscherei schuldig, wenn sie im Auftrag anderer illegale Gelder ins Ausland transferierten.

Mehr Meldungen wegen Terrorismusfinanzierung

Mehr als verdoppelt hat sich 2013 die Zahl der Meldungen wegen Verdachts auf Terrorismusfinanzierung. 2012 waren es 15 Fälle gewesen, im Berichtsjahr waren es nun 33 Meldungen. Grund für die Zunahme war ein einziger Verdachtsfall mit 25 Meldungen.

Mit rund 450'000 Franken sei die Gesamtsumme, die Gegenstand dieser Meldungen gewesen sei, allerdings vergleichbar gering, schreibt die MROS. Im Vorjahr hatte sich die Gesamtsumme noch auf 7,5 Millionen Franken belaufen.

Erstmals erschienen sind in der Statistik auch Meldungen wegen des Verdachts auf Börsendelikte. Die entsprechenden Straftatbestände Insiderhandel und Kursmanipulation traten am 1. Mai 2013 in Kraft. Sie haben zu insgesamt sieben Meldungen geführt. (sda)

8700 Verdachtsmeldungen weitergeleitet

Die Meldestelle für Geldwäscherei (MROS) hat in den vergangenen zehn Jahren 8700 Verdachtsmeldungen an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet. Davon führten 4892 Meldungen oder rund 56 Prozent bis Ende 2013 zu einem Entscheid, wie dem MROS-Jahresbericht 2013 zu entnehmen ist.

In 7,9 Prozent oder 385 Fällen kam es in der Schweiz zu einem Urteil. Dabei handelt es sich um 21 Freisprüche vom Vorwurf der Geldwäscherei, um neun Freisprüche in allen Punkten, um 178 Schuldsprüche inklusive Geldwäscherei und 177 Schuldsprüche ohne Geldwäscherei.

In 43,8 Prozent oder 2142 Fällen wurden Strafverfahren eröffnet, diese jedoch aufgrund der Erkenntnisse aus den entsprechenden gerichtspolizeilichen Ermittlungsverfahren wieder eingestellt.

In 40,2 Prozent oder 1965 Fällen wurde nach Abschluss der Vorermittlungen in der Schweiz kein Strafverfahren eröffnet. In 8,2 Prozent oder 400 Fällen wurde das Strafverfahren sistiert - teilweise, weil bereits im Ausland in derselben Angelegenheit ein Strafverfahren hängig war.

Mit 3808 sind noch knapp 43,8 Prozent der weitergeleiteten Verdachtsmeldungen pendent. Die Gründe dafür sind laut MROS sehr unterschiedlich. So haben beispielsweise Geldwäschereifälle und Fälle von Terrorismusfinanzierung oft einen Auslandsbezug. Die internationalen Ermittlungen sind oft langwierig, die damit verbundenen Rechtshilfeverfahren aufwendig und zeitintensiv.

Unter den pendenten Fällen befinden sich auch solche, die bereits ihren Abschluss in einem Urteil gefunden haben. Der MROS wurde dies aber nicht mitgeteilt.